

die Organe der EU fort
Stadler einen „Rückbau“.
s dem Parlament etwa will
eine Delegiertenversamm-
ng machen, die nur mehr
ratende Funktion hat und
n den nationalen Parla-
nten beschickt wird.
ls politische Ziele nennt
dler die Verhinderung ei-
„Militärunion“, den „Le-
sschutz“ sowie die Schaf-
g einer Währungszone mit
erreich, Deutschland, den
derlanden, Luxemburg



Nach FPÖ und BZÖ jetzt mit eigener Partei: Ewald Stadler. Foto: APA

Warnung vor „Politisierung der Justiz“

Wien – Die Frage, ob auch eine Minderheit im Nationalrat einen Untersuchungsausschuss einsetzen kann, beschäftigt derzeit das Parlament. Jetzt steht mit der Ministeranklage auch ein weiteres Kontrollrecht zur Diskussion. Verfassungsgerichtshofpräsident Gerhart Holzinger hat vorgeschlagen,

auch die Ministeranklage zum Minderheitenrecht zu machen. Verfassungsexperten bewerten diesen Vorstoß unterschiedlich.

Eine Ministeranklage kann dann erhoben werden, wenn einem Regierungsmitglied eine schuldhafte Rechtsverletzung im Zuge der Amtsführung vorgeworfen wird.

Nötig ist dafür ein Mehrheitsbeschluss des Nationalrats. Verhandelt wird die Klage vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH). Tatsächlich zu einer Ministeranklage gekommen ist es seit 1945 noch nie.

Für Holzinger ist die Ministeranklage daher „totes Recht“. Um es mit Leben zu erfüllen, will er auch einer Min-

derheit im Nationalrat diese Möglichkeit eröffnen. Die Verfassungsexperten Heinz Mayer und Bernd-Christian Funk unterstützen den Vorstoß.

„Sehr skeptisch“ ist hingegen der Jurist Theo Öhlinger. Er warnte vor einer „Politisierung der Justiz“, wenn eine Ministeranklage leichter möglich wäre. (APA, TT)

Sohn der Freundin missbraucht

n – Wegen Kindesmissbrauchs in zwei Fällen ist ein 46-jähriger Wiener gestern (1. März) rechtskräftig zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Der Mann wurde gegen den Kindesgruppenbetreuer und Täter ein Tätigkeitsverbot verhängt. Der Mann soll vom Sommer 2012 bis März

2013 den zehnjährigen Sohn seiner damaligen Freundin und im August 2013 den sechsjährigen Sohn eines Bekannten missbraucht haben.

Der 46-Jährige beteuerte stets seine Unschuld. Die Aussagen der Kinder widersprachen den Aussagen des Beschuldigten jedoch.

Der 46-Jährige lernte seine damalige Lebensgefährtin im Februar 2012 kennen. Ein halbes Jahr später, nach seiner Scheidung, zog er bei ihr ein. Laut Anklage soll er den Buben in mindestens 15 Fällen attackiert und zu sexuellen Handlungen gezwungen haben. (APA)

Haft wegen Wiederbetätigung

– Ein ehemaliger hochrangiger Funktionär der rechtsextremen Nationalen Volkspartei (NVP) ist gestern wegen Wiederbetätigung zu 15 Monaten Haft, drei Jahren unbedingter Haftstrafe und einer Geldstrafe von 150.000 Euro verurteilt worden. Seine mitangeklagte Lebensgefährtin wurde freigesprochen. Die Urteile sind rechtskräftig.

Die 51-Jährige und seine 46-jährige Freundin sollen

u. a. eine Verwaltungsstrafe des Magistrats Wels nicht akzeptiert haben, weil die Behörde nicht durch das Deutsche Reich legitimiert sei. Der Mann soll Ähnliches zudem schriftlich und mündlich vor dem Bezirksgericht vorgebracht haben.

Die Angeklagten waren zwar geständig, bekannten sich aber nicht schuldig. Ihre Verteidiger verlangten Frei-

sprüche. Der Mann, der mit Halbglätze, dezenter Brille und biederer Kleidung optisch nicht gerade das Klischee eines Rechtsextremen erfüllt, referierte vor den Geschworenen lang und breit über sein Geschichtsverständnis. Der Staatsanwalt bescheinigte ihm in seinem Schlussplädoyer zwar großes historisches Wissen, dieses sei allerdings fehlgeleitet. (APA)



100 Stunden für die Entwicklung

Österreichische Hilfsorganisationen haben am Montag aus Protest gegen die Budgetkürzungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (EZA) eine 100 Stunden andauernde Mahnwache gestartet. Für die Regierung seien diese trotz gegenteiliger Beteuerungen erfolgten Kürzungen eine „Bankrotterklärung“, so die Dachorganisation Globale Verantwortung. Max Santner, Leiter der Internationalen Zusammenarbeit beim Roten Kreuz, ortete „fehlende Handschlagpolitik“ bei den zuständigen Politikern. Christoph Schweifer, Leiter der Auslandshilfe der Caritas, sprach von „unterlassener Hilfeleistung“ der Regierung.

Foto: APA/Fohringer

Matura 50 Minuten zu früh beendet

Salzburg – Diese Panne bei der Matura am Akademischen Gymnasium in Salzburg hatte nichts mit dem Bildungsinstitut Bifie zu tun: Ein erfahrener Deutschlehrer hatte die Arbeiten irrtümlich um 50 Minuten zu früh abgeammelt. Die Schüler sollen die Matura nun wiederholen können, es zählt die bessere Note.

Direktor Klaus Schneider hat die Schüler erst zwei Tage nach dem Vorfall informiert, zuerst sollten sie noch in Ruhe die Mathematik-Matura schreiben. „Die Aufregung war dann groß. Ich habe mich vor der Klasse für den Fehler entschuldigt“, sagte er. Mit rechtlichen Konsequenzen für den Lehrer rechnet Schneider nicht. (APA)